

euconet

Köln im EU-Mehrebenensystem

Zur Europa(un)fähigkeit der lokalen Ebene
Lange und kurze Wege nach Europa

- Executive Summary -



Fachhochschule Köln
Cologne University of Applied Sciences

RheinEnergie
Stiftung

Jugend | Beruf
Wissenschaft

1 Zunehmende Relevanz: Die wachsende Europabetroffenheit deutscher Städte

Bei der Erfüllung zentraler kommunaler Aufgaben hat die EU zunehmend an politikfeldübergreifender Bedeutung gewonnen. Es kann von einer „Hauptgefechtlinie“ zwischen den Kommunen und der EU“ bzw. von einem „Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl“ ausgegangen werden. Die Herausforderung der Kommunen besteht darin, das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung in der Europäischen Union durch dauerhafte Anstrengungen auf der nationalen und europäischen Ebene zu festigen und auszubauen. Relevante Artikel des Lissabonner Vertrags haben weitere indirekte Möglichkeiten der Einflussnahme geschaffen.

Die Beteiligung an europäischen Netzwerken ist für Kommunen zur Durchsetzung ihrer Interessen in den letzten Jahrzehnten zu einem immer bedeutenderen Faktor geworden. Einerseits stieg die Europabetroffenheit der lokalen Ebene, andererseits gibt es auf europäischer Ebene keine ausgeprägten formalen Beteiligungsmöglichkeiten für Kommunen, um im Politikgestaltungsprozess ihre Interessen zu vertreten. Eine intensive und differenzierte Netzwerkarbeit stellt eine strategische Möglichkeit dar, diesen Effekt auszugleichen.

Im Forschungsprojekt wurde eine Netzwerkanalyse für die Stadt Köln zum Thema „Europa“ durchgeführt. Die gewonnenen Informationen ergeben eine Landkarte der horizontalen und vertikalen Netzwerkpfade zwischen der Stadt Köln und der Europäischen Union. Die Erhebung wurde ausgehend von Kölner Akteuren so lange wiederholt, bis der Pfad bei wichtigen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene endete. Über diese Wege versuchen kommunale Akteure an der europäischen Politikgestaltung zu partizipieren.

2 Analyse: Die Landkarte der Kölner Wege nach Brüssel

Die Kölner Wege nach Europa sind durch eine verwirrende Vielfalt an Kontakten und Umwegen geprägt. Politiker und Beamte sind in unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlicher Intensität zu ‚Mehrebenenspielern‘ geworden. In der Praxis der Europa- und Netzwerkarbeit der Stadt Köln werden diese möglichen Anknüpfungspunkte unterschiedlich stark und vereinzelt gar nicht genutzt. Deutlich wird, dass trotz guten (europäischen) Willens häufig Anreize fehlen bzw. Rahmenbedingungen die Möglichkeiten für ein stärkeres Engagement verbauen.

Europaarbeit als Querschnittsaufgabe: Zentrale Ansiedlung und Koordinationsfunktion des Büros für internationale Angelegenheiten

Innerhalb der Stadt Köln ist das Büro für internationale Angelegenheiten der Stadt Köln als Querschnittsdezernat zentral beim Amt des Oberbürgermeisters angesiedelt. Es erfüllt sowohl für den Oberbürgermeister selbst als auch für die Kölner Stadtverwaltung eine wichtige Vermittlungsfunktion, indem es Verbindungen in den europäischen und europapolitischen Raum eröffnet.

In der Geschäftsanweisung Internationale Angelegenheiten ist festgelegt, dass das Büro für internationale Angelegenheiten Dienstleistungs-, Koordinierungs- und konzeptionelle Aufgaben wahrnimmt. Es ist auf die freiwillige Kooperation von Dezernent(inn)en und Amtsleiter(inne)n angewiesen. Momentan sind jedoch nur schwache Anreize für eine dezentrale Europaaktivität in der Stadt Köln gesetzt. Angesichts eines knappen Zeitbudgets und begrenzter finanzieller Mittel werden europäische Aktivitäten auf der Prioritätenliste herabgestuft.

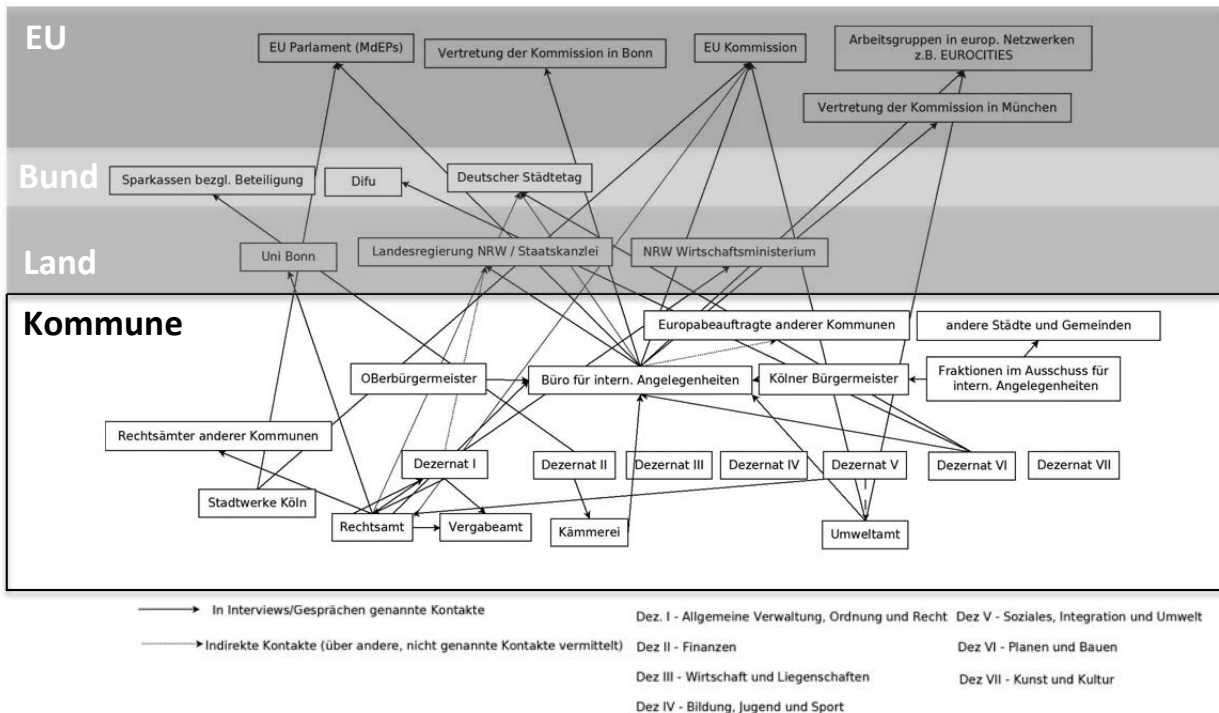
Dezentrale Europaarbeit : Deutliche Unterschiede

Das Büro für internationale Angelegenheiten ist für die administrative Abstimmung in europäischen Fragen zuständig. Hierunter fallen die Betreuung und Unterstützung von allen Außenkontakten der Stadt Köln im Rahmen von Städtepartnerschaften oder der Austausch von Best-Practices für die gesamte Stadtverwaltung. Die Treffen werden im Büro für internationale Angelegenheiten inhaltlich vorbereitet und teilweise durch die Teilnahme von Mitarbeiter(inne)n des Büros unterstützt. Diese Funktion hat Eingang in die Verwaltungspraxis gefunden. Im Rahmen der Untersuchung wurde von den Befragten immer wieder berichtet, dass es große Unterschiede zwischen den Dezernaten, Ämtern und sogar Abteilungen gebe, was die Unterstützung von Europaaktivitäten angeht.

Bedeutung des Europabüros für die Netzwerkarbeit der Stadt Köln

Die zentrale Position des Büros für internationale Angelegenheiten und die damit einhergehende Vermittlerrolle (Herstellen von Verbindungen) sind für die Kölner Stadtverwaltung grundsätzlich als positiv für die notwendige Europaarbeit zu bewerten. Es werden verschiedene Gruppen innerhalb des thematischen Netzwerks „Europa“ verbunden; damit überbrückt das Büro für internationale Angelegenheiten sogenannte strukturelle Lücken. Diese „Lücken“ sind Bereiche im Netzwerk, in denen Verbindungen und überbrückende Beziehungen ohne das Büro für internationale Angelegenheiten fehlen würden. Es nimmt insofern innerhalb der Stadt Köln eine wichtige Maklerposition wahr, die als gute Ausgangsposition für Kooperationsprozesse gelten kann. Allerdings birgt das Alleinstellungsmerkmal im Innern der Kölner Stadtverwaltung aber auch die Gefahr eines „Flaschenhals“-Effektes, weil der gesamte Informationsfluss und Ressourcenaustausch nur über das Büro läuft (siehe Abbildung 1) und diese Funktion als Alibi für Untätigkeit dient.

Abbildung 1: Netzwerkpfade aus der Stadt Köln in die Umwelt



Mit Blick auf europäische Themen gehören zu den zentralen Kontakten des Büros für internationale Angelegenheiten auf regionaler Ebene vor allem der Deutsche Städtetag und die NRW-Landesregierung; über

sie führen indirekte Wege in das europäische Mehrebenensystem. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt ist auf der Landesebene die Abteilung Europa und Internationale Angelegenheiten des Ministeriums für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen. Hier findet sowohl zwischen dem Büro für internationale Angelegenheiten und den beiden Institutionen als auch zwischen der Landesregierung und dem Deutschen Städtetag ein reger Austausch statt. Die Mitglieder dieser drei Institutionen treffen sich in Zeiträumen zwischen vier Wochen und drei Monaten und der Informationsaustausch ist eher ausgeglichen, d. h., die Akteure versorgen sich gegenseitig mit Informationen.

Innerstaatlich haben die Kommunen ihre Beteiligungsmöglichkeiten an europäisch ausgerichteten Problemverarbeitungsprozessen nur in begrenztem Umfang auf- und ausgebaut. Zwar wird den Kommunen eine Unterrichtung durch die Bundesregierung in europäischen Fragen zugestanden, diese Teilnahmemöglichkeit wird jedoch kaum genutzt. Der Bundesrat hat den Kommunen dagegen keine Mitwirkungsrechte eingeräumt. Für die Stadt Köln spielen Kontakte auf Bundesebene eine untergeordnete Rolle.

Wichtigster Adressat kommunaler Lobbyaktivitäten auf europäischer Ebene ist die Europäische Kommission. Sie hat das Monopol auf Gesetzesinitiativen und ist aufgrund ihres vergleichsweise schlanken Administrationsapparates auf Expertenwissen und Lobbyisten angewiesen. Da die kommunale Ebene später für die Ausführung der Rechtsvorschriften zuständig ist, ist es für die Kommission von besonderem Interesse durch frühe Einbeziehung der Interessenvertreter die Akzeptanz von Gesetzesinitiativen zu erhöhen. Über den Deutschen Städtetag können auf dem indirekten Weg sowohl das Büro für internationale Angelegenheiten als auch Mitglieder der Kölner Stadtverwaltung Akteure der Europäischen Kommission erreichen. Für die Kölner Stadtverwaltung lohnt sich der direkte Pfad über ihr für Europakontakte zuständiges Büro, da es auch unmittelbare Zugänge zu Akteuren der Europäischen Kommission besitzt. Neben der direkten Verbindung zur Europäischen Kommission unterhält das Büro für internationale Angelegenheiten auf europäischer Ebene vor allem Beziehungen zur Regionalvertretung der Kommission in Bonn und zu Akteuren europäischer Netzwerke und Verbände – allen voran EUROCITIES und POLIS, über die indirekt weitere Akteure in der Europäischen Kommission erreicht werden können.

Weitere Kontakte suchen Kommunen unmittelbar zum Europäischen Parlament, denn es hat im Lauf der Zeit vertragliche Beteiligungsrechte hinzugewonnen. In dem sogenannten ‚ordentlichen Gesetzgebungsverfahren‘ nimmt es zusammen mit dem Rat eine zentrale Position ein. Für die Stadt Köln werden Beziehungen zu Abgeordneten des Europäischen Parlaments dagegen nicht so hoch eingeschätzt.

Erstmals vertraglich formalisierte Beteiligungsmöglichkeiten für deutschen Kommunen bietet auch der Ausschuss der Regionen (AdR), in dem sie durch drei Vertreter der deutschen kommunalen Spitzenverbände vertreten sind. Für die Stadt Köln ergab die Befragung allerdings, dass der AdR für lokale Akteure keinen zentralen Anknüpfungspunkt darstellt und sich ein strukturelles Loch zu diesem Beteiligungsfeld abzeichnet.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Stadt Köln eine ausdifferenzierte Vernetzungsstrategie verfolgt. Es bestehen direkte Verbindungen nach Brüssel und zugleich können die europäischen Akteure ohne große Umwege auch indirekt über Dritte erreicht werden.

Die Netzwerke differieren je nachdem, welche Funktion der Kontakt erfüllen soll. Mögliche Funktionen sind Informationsgewinnung und Informationsverbreitung, Kenntnis der Rechtslage, Einflussnahme auf europapolitische Entscheidungen, Herstellung von Kontakten nach Brüssel. Für die verschiedenen Funktionen werden Kontakte zu jeweils verschiedenen Akteuren gepflegt.

3 Vorschläge zum Ausbau des Wegenetzes

Die kurzen Pfaddistanzen und die Pluralität der Zugangswege der Stadt Köln zu Akteuren, die Verbindungen nach Brüssel garantieren, sind als nützlich zu bewerten. Denn mit steigenden Distanzen und mit steigender Abhängigkeit von einzelnen Kontakten erhöht sich die Störanfälligkeit beim Transfer von Informationen. Der Optionenreichtum vieler indirekter Beziehungen fördert die Effizienz eines Netzwerkes und minimiert die Gefahr, wichtige Akteure bei Ausfall eines Akteurs nicht mehr erreichen zu können. Für Strategien zum Ausbau der europapolitischen Aktivitäten sind Anreize zu setzen, die Möglichkeiten nicht nur auszubauen, sondern auch zu nutzen.

Vorschläge zum internen Ausbau des Wegenetzes

a) Anerkennung von Mitarbeiterschulungen zu europäischen Themen

Das Personalamt und das Büro für internationale Angelegenheiten bieten halbjährlich Schulungen zu EU-Themen an, vor allem zum Bereich Fördermöglichkeiten, aber auch zum politischen System der EU. Die Teilnahme ist freiwillig. Das Angebot wurde zunächst gut angenommen, später flachte das Interesse aber ab: Mögliche Gründe sind eine Sättigung der interessierten Verwaltungsmitarbeiter(innen) mit Europathemen und die Finanzsituation, die eventuell dazu führt, dass in der Verwaltung keine Ressourcen mehr in die Beantragung von EU-Projekten investiert werden. Ein weiterer Grund kann das Fehlen von Gratifikationen und Anerkennungen für diejenigen sein, die Europakompetenzen erwerben und diese dann auch nutzen.

b) Europazertifikat zur Stärkung der dezentralen Europakompetenz

Für eine gut funktionierende Europaarbeit ist es nicht nur wichtig, die strukturellen Möglichkeiten zu schaffen und die nötigen Ressourcen bereitzustellen, sondern auch die Mitarbeiter(inne)n der Stadtverwaltung zu motivieren und zu schulen, d.h. eine Europakompetenz dezentral in allen Ressorts aufzubauen und zu fördern. Vor allem fehlende Sprachkenntnisse wurden mehrfach als Grund für eine eher ablehnende Haltung in der Mitarbeiterschaft gegenüber europäischen Projekten genannt. Angebotene Schulungen wie „Europa am Arbeitsplatz“ scheiterten bisher am Teilnahmемangel.

Um diesen Effekten entgegenzuwirken, können durch die Einführung eines „Europazertifikats“ Anreize gesetzt werden. Das Europazertifikat kann von einzelnen Personen, nicht jedoch von Ämtern oder Dezernten erlangt werden. Es empfiehlt sich, das Europazertifikat fest in der Personalentwicklung der Stadt Köln zu verankern und zu einem etablierten Bestandteil in der Laufbahnentwicklung zu machen. Bestandteile können u. a. die Schulung zu europäischen Themen, der Erwerb von Sprachkompetenz, die Beantragung von EU-Projekten, die aktive Mitarbeit in europäischen Netzwerken, ein Aufenthalt in Brüssel bei relevanten Institutionen und Netzwerken sowie die aktive Mitwirkung in der internationalen Runde sein. Allerdings muss ein solches Zertifikat auch einen Nutzen für die einzelnen Organisationseinheiten haben, damit diese ihre Mitarbeiter(innen) anhalten, das Zertifikat zu erwerben. Es wird ein gezielter Aus- und Aufbau der dezentralen Europakompetenz sowie einer verbindlichen Europastruktur in der Verwaltung empfohlen.

c) EU-Projekte

Die Projekte werden vom Büro für internationale Aufgaben koordiniert und begleitet, die Projektarbeit selbst findet in den Fachämtern statt. Neben der Frage, ob ein Projekt politisch gewollt ist und den Zielen der Stadt nützt, spielen vor allem die personellen Ressourcen zur Antragstellung und Durchführung sowie

auch die Finanzierungsmöglichkeiten des notwendigen Eigenanteils eine große Rolle. Bemerkenswert ist, dass trotz einer steigenden Europäisierung des kommunalen Handelns und trotz der Möglichkeit, finanzielle Unterstützung für Vorhaben der Stadt zu gewinnen, die Zahl der Beantragungen von EU-Projekten in der letzten Zeit wegen Ressourcenmangel rückläufig ist.

d) Koordination von Kontakten zu europäischen Themen

Um koordinierend tätig sein zu können, ist es für das Büro für internationale Angelegenheiten wichtig, über alle europarelevanten Aktivitäten von Rat und Verwaltung informiert zu sein. Die Koordination der Außenkontakte hat zwei zentrale Aspekte: Einer ist das Nachhalten der insgesamt bestehenden Kontakte der Stadt Köln nach außen, der andere betrifft die inhaltliche Koordination der äußeren Vertretung der Stadt Köln. Das Büro ist auch bei der Erfüllung dieser Koordinationsfunktion auf das Engagement der dezentralen Verwaltungseinheiten angewiesen. Es gibt bislang kein einheitliches und transparentes System, mit dem Kontakte kontinuierlich nachgehalten werden.

e) Neugestaltung der Arbeits- und Kompetenzaufteilung im Büro für internationale Angelegenheiten

Die Europaarbeit der Stadt Köln wird durch fehlende finanzielle, personelle und zeitliche Ressourcen erschwert. Im Arbeitsalltag des Büros für internationale Angelegenheiten führt die Zusammenlegung von Europaarbeit und von Betreuung der Städtepartnerschaften zwar zu den gewünschten Synergieeffekten, gleichzeitig überlagern sich aber die Europa- und Netzwerkarbeit mit der Arbeit in den Städtepartnerschaften. Dies ist besonders problematisch, da durch eine geringere Akquisition von EU-Projekten der Stadt auch finanzielle Mittel verloren gehen.

Zur Entlastung des Büros für Internationale Angelegenheiten wird empfohlen, bei der Arbeitsteilung der Mitarbeiter(innen) des Büros Arbeitsschwerpunkte für europäische Netzwerkarbeit und für Städtepartnerschaften zu bilden. So können die bestehenden Mitgliedschaften in europäischen Netzwerken und bestehende Kontakte effizient genutzt werden. Die Neustrukturierung könnte im Rahmen der vom Stadtvorstand beschlossenen Entwicklung einer Kölner „Europa 2020-Strategie“ geschehen. Hierdurch könnte sich die Stadt Köln auch Wettbewerbsvorteile sichern.

f) Austausch zur Europaarbeit innerhalb Kölns fördern

Die Internationale Runde ist das zentrale Koordinationsgremium für die Abstimmung von zentraler und dezentraler Europaarbeit in Köln; allerdings hat sie seit zwei Jahren nicht mehr getagt. Ein Austausch zu europäischen Themen findet zurzeit (Herbst 2012) zwischen dem Büro für internationale Angelegenheiten und einzelnen Teilen der Verwaltung nur punktuell anlassbezogen statt. Dies kann zu einer Steigerung der Arbeitsbelastung und damit zu Engpässen im Büro für internationale Angelegenheiten führen. Zur Förderung des Austausches über Europaarbeit innerhalb der Stadt Köln wird empfohlen, die Internationale Runde und die Facharbeitskreise, wie in der Geschäftsanweisung für Internationale Angelegenheiten festgelegt, zu reaktivieren und in einen kontinuierlichen Arbeitsrhythmus zu bringen. Auch die Position der Europabeauftragte in den verschiedenen Ämtern sollte verbindlich implementiert und gestärkt werden.

Vorschläge zum externen Ausbau des Wegenetzes

a) Netzwerkarbeit fördern und dezentral zugänglich machen

Die Mitarbeit in europäischen Netzwerken ist bei den Mitarbeiter(inne)n des Büros für internationale Angelegenheiten und auch insgesamt in der Kölner Verwaltung unterschiedlich stark ausgeprägt. Bei der Vertretung kommunaler Interessen auf europäischer Ebene wird eine gute Vernetzung und das Vertreten

einer gemeinsamen Position von vielen Partnern als vorteilhaft angesehen. Zur Vertretung von Kölner Interessen auf europäischer Ebene wird ein Ausbau der dezentralen Netzwerkaktivität empfohlen.

b) Netzwerkressourcen von nicht-städtischen Akteuren nutzen

Die vorgefundene Vernetzung verläuft relativ enggeführt über einschlägige Institutionen. Die Netzwerke anderer Kölner Akteure – z. B. Stadtwerke/ RheinEnergie, zivilgesellschaftliche Verbände, Wirtschaftsunternehmen, Projekte der Universität oder parteipolitische Gremien – spielen bisher kaum eine Rolle. Die Chancen dieser bisher nicht berücksichtigten Pfade sollten daher aktiv in die Europaarbeit der Stadt mit einbezogen und genutzt werden. Hierzu wird empfohlen, die zivilgesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenziale zu erkunden und in einer Kölner Initiative – wie dem Netzwerk Daseinsvorsorge – zu bündeln.

Darüber hinaus wird eine europabezogene Stärkung der Beziehungen und der Kooperation vor allem mit der NRW-Staatskanzlei und mit dem Deutschen Städtetag – wegen der guten Anbindung der beiden Institutionen an das EU-Mehrebenensystem – empfohlen. Da sich unter den wichtigsten Kontakten des Büros für internationale Angelegenheiten zwar Akteure aus der Europäischen Kommission befanden, nicht jedoch aus dem Europäischen Parlament und dem Ausschuss der Regionen, können die Beziehungen zu diesen Institutionen als ausbaufähig erachtet werden.

c) Best-Practices: Expertise anderer Städte nutzen

Ziel beim Austausch von Best-Practices ist es, möglichst viel Know-how und Expertise zu fachspezifischen Themen aus den Netzwerken und Partnerstädten in die Stadt Köln zu holen. Dies wird von den Befragten als Nutzen für die Stadt Köln eingeschätzt. Bei vielen der von den Befragten genannten Beispiele wurde die Stadt Köln von anderen Städten um Unterstützung und um den Austausch von Best-Practices angefragt. In umgekehrter Richtung wird der Austausch vergleichsweise selten angefragt. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, die Möglichkeiten zum Austausch von Best-Practices auszubauen, vor allem um Expertise in speziellen Fachbereichen nach Köln zu holen.

d) Einrichtung eines Kölner Büros in Brüssel

Für die strategische Weiterentwicklung der Europaarbeit der Stadt Köln ist die Einrichtung eines Büros in Brüssel intensiv zu diskutieren. Ein solches Büro kann den Zugang zu europäischen Akteuren und Netzwerken vereinfachen. Es muss allerdings genau darauf geachtet werden, welche Ziele ein externes Büro verfolgen soll und wie diese Arbeit zu optimieren ist.

Die **Vorteile** eines Kölner Europabüros in Brüssel resultieren aus der räumlichen Nähe zu einflussreichen Europapolitiker(inne)n und Vertreter(inne)n anderer Kommunen. Durch eine häufigere persönliche Interaktion vor Ort wäre eine intensivere Kontaktpflege möglich. Auch der zeitliche Aufwand und die aufzuwendenden Reisekosten für die Kontaktpflege ließen sich durch eine direkte Präsenz in Brüssel minimieren. Die Nähe zu den europäischen Institutionen, zu anderen Regional- und Kommunalvertretern aus der gesamten Europäischen Union und zu den europäischen Fachnetzwerken stellen den Mehrwert eines Büros direkt in Brüssel dar. Das Lobbying für Themen bei europäischen Institutionen, die für die Stadt Köln relevant sind, könnte so möglicherweise effizienter betrieben werden. Ein weiterer Vorteil wäre die Möglichkeit der Weiterbildung von Mitarbeiter(inne)n der Stadt Köln direkt vor Ort. Europakompetenzen in bestimmten Fachbereichen könnten direkt im Austausch mit europäischen Praktiker(inne)n vermittelt werden. Mitarbeiter(innen) der Dezernate könnten für einige Monate zu fachspezifischen Themen im Brüsseler Büro eingesetzt werden und so für ihre Arbeit gewinnbringendes Know-how erwerben und Kontakte knüpfen. Durch ein Kölner Europabüro in Brüssel – oder eine Bürogemeinschaft mit anderen Städ-

ten – würde es möglich, Mitglieder der Kölner Stadtverwaltung für eine bestimmte Zeit in diesem Büro hospitieren zu lassen. Dies würde die Europakompetenzen – und eventuell auch das Europa-Interesse – der Verwaltungsmitglieder stärken und die Anzahl kompetenter Europa-Akteure in den einzelnen Dezernaten erhöhen. Die Büros der Landesvertretung in Brüssel und der kommunalen Spitzenverbände bieten solche Möglichkeiten bereits an.

Für den **Aufbau** eines solchen Kölner Büros in Brüssel bestehen verschiedene Möglichkeiten. Es kann ein eigenständiges Kölner Büro in Brüssel eingerichtet werden, das die europabezogenen Kontakte der Stadt Köln in Brüssel pflegt und Kölner Interessen vertritt. Das Europabüro in der Kölner Stadtverwaltung bildet den lokalen Counterpart; es stünde mit den Mitarbeiter(inne)n in Brüssel ständig in Kontakt und könnte die aus Brüssel zugelieferten Informationen mit den internen Informationen und Anfragen verknüpfen. Statt eines permanenten Zweitbüros in Brüssel kann auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, einzelne Mitarbeiter/innen des lokalen Büros für internationale Angelegenheiten nach dem Rotationsprinzip und zeitlich befristet zu europäischen und europabezogenen Institutionen in Brüssel zu entsenden. Zur effizienten Gestaltung eines Büros in Brüssel könnte auch eine Bürogemeinschaft in Erwägung gezogen werden. Es böte sich die Zusammenarbeit mit anderen Städten zu Themenschwerpunkten gemeinsamer Europabetroffenheit an. Interessen in bestimmten Themenbereichen könnten so tiefergehend bearbeitet, früh gebündelt und mit Nachdruck vermittelt werden, wenn Synergieeffekte genutzt werden. Die gemeinsame Nutzung von Räumen und technischen Infrastrukturen senkte die Kosten für die Einrichtung eines Büros in Brüssel.

Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit eines externen Europabüros sind eine sehr enge Anbindung an die Kölner Stadtverwaltung und aktive Europabeauftragte in den verschiedenen Dezernaten und Fachbereichen, aber auch intensive Kontakte zu relevanten Akteuren aus der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft Kölns. Ohne eine starke Rückkoppelung zu kompetenten europapolitischen Strukturen in Köln würde ein externes Büro allein wirkungslos bleiben, es bestünde dann sogar die Gefahr einer Verselbständigung. Bei Berücksichtigung dieser Randbedingungen kann die Einrichtung eines Kölner Europabüros in Brüssel auf längere Sicht empfohlen werden. **Ausblick**

Die Ergebnisse der Untersuchung von Kölns Wegen im EU-Mehrebenensystem zeigen, dass unter den beiden Prämissen der steigenden Europabetroffenheit einerseits und der Knappheit an finanziellen und personellen Ressourcen andererseits eine intensive Auseinandersetzung mit den Bedingungen und Möglichkeiten für kommunale Europaarbeit notwendig ist. Nicht nur für kommunale Akteure sondern auch für die EU-Forschung ist es von Relevanz, die verschiedenen Ausgestaltungen von kommunaler Europäisierung und Organisation von Europaarbeit zu erfassen und zu bewerten. Hierzu könnten die Ergebnisse dieses Forschungsprojektes über die Stadt Köln in Zukunft gewinnbringend mit der Erforschung anderer nordrhein-westfälischer, deutscher und europäischer Städte verknüpft werden. Spätestens mit Blick auf die mittelfristigen Finanzplanung der EU ab 2014 sowie auf das dann neu gewählte EP und auf die neu besetzten Kommission solle die Strategiedebatte intensiviert werden.

Weitere Informationen

Eckert, Katharina/ Heuer, Christoph / Schubert, Herbert/ Spieckermann, Holger/Wessels, Wolfgang (2013) Die Stadt Köln als kommunaler Akteur im EU-Mehrebenensystem nach dem Vertrag von Lissabon. Veränderte Opportunitätsstrukturen und Netzwerkpfade zur europäischen Politikgestaltung. Köln: Verlag Sozial • Raum • Management (im Erscheinen)

<http://www.euconet.uni-koeln.de>

Projektverantwortliche



Prof. Dr. Wolfgang Wessels

Katharina Eckert M.A.

www.wessels.uni-koeln.de



Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert

Dipl. Soz. Christoph Heuer

Holger Spieckermann M.A.

www.f01.fh-koeln.de/srm

Gefördert von der

